



## Aufstehen gegen Hass im Netz

Berichterstatter:in: BRin Katharina Wegan

Die Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Hernalds stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 04.10.2023 gemäß § 104 WStV folgende

# RESOLUTION

### Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernalds steht auf gegen Hass im Netz.

Hassrede ist eine Form der Gewalt, die dem Recht auf freie Meinungsäußerung entgegensteht. Sie verhetzt und verletzt die betroffenen Personen. Ziel dieser Gewalt ist es, die Betroffenen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Insbesondere Frauen und weiblich gelesene Personen, die sich öffentlich zu Wort melden, sind davon betroffen.

Hass im Netz hat massive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Menschen gewöhnen sich daran und verlieren an Empathie. Von Hass betroffene Menschen ziehen sich meist aufgrund der Anfeindungen aus dem Internet zurück. Das bedroht unsere Meinungsvielfalt. Darum schützt der Kampf gegen Hass im Netz unsere Demokratie.

Mittlerweile gibt es ein wirksames gesetzliches Maßnahmenpaket, das Betroffenen von Gewalt und Hass im Netz rasch und kostengünstig zu ihrem Recht verhilft. Die Bezirksvertretung Hernalds begrüßt diese neuen Gesetze. Sie will mit dieser Resolution im Vorfeld der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen\* und Mädchen darauf aufmerksam machen und erklärt sich auf diese Weise solidarisch mit den Betroffenen.

### Begründung:

Hass im Netz ist ein zunehmendes Problem. Er trifft vor allem Frauen und weiblich gelesene Personen, insbesondere jene, die sich öffentlich zu Wort melden, sei es weil sie Politiker:innen sind, sei es weil sie sich in der Zivilgesellschaft engagieren. Das Momentum Institut hat dazu gemeinsam mit der Autorin Ingrid Brodnig im

Rahmen einer Studie im Frühjahr 2021 alle weiblichen Nationalratsabgeordneten in Österreich befragt. Das Ergebnis war ernüchternd: 73% der weiblichen Abgeordneten haben im Rahmen ihrer Tätigkeit frauenfeindlichen Hass erlebt. 63% der Befragten erhalten 1 Mal im Monat Hassnachrichten. 73% dieser Nachrichten erreichen sie per E-Mail, via Messenger oder in den Sozialen Medien.

„Solche Beleidigungen bleiben nicht ohne Konsequenzen,“ zitiert das Momentum Institut eine Untersuchung von Amnesty International. Viele von Beleidigungen oder Belästigungen betroffene Frauen\* verändern anschließend ihr Verhalten, passen ihre Äußerungen an, um unangenehmen Reaktionen vorzubeugen.

Das Maßnahmenpaket gegen Gewalt und Hass im Netz, das Justizministerin Alma Zadić 2021 auf den Weg gebracht hat, schützt die Betroffenen von Hass im Netz umfassend.

- Es nimmt die Kommunikationsplattformen in die Pflicht. Diese müssen nun transparente Melde- und Löschverfahren einführen.
- Mit einem eigenen Formular, Eilverfahren zur Löschung von Postings und verbessertem Schutz durch das Medienrecht haben Betroffene nun die Möglichkeit, schneller zu ihrem Recht zu kommen.
- Auch das Strafrecht wurde in Bezug auf Hass im Netz aktualisiert. Die Straftatbestände Cybermobbing und Verhetzung wurden erweitert und jener des Upskirting neu eingeführt.
- Schließlich wurde das Strafprozessrecht um eine staatliche Ermittlungspflicht erweitert, das Kostenrisiko für klagende Betroffene verringert und der Datenschutz verbessert. Darüber hinaus verbessert es mit der Ausweitung der Prozessbegleitung die Unterstützung der Betroffenen.

---

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

## **KUNDMACHUNG**

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen und auf der offiziellen Webseite des Bezirks Hernals veröffentlicht werden.

Für die Fraktion Grüne Alternative Hernals

Richard Heuberger

Klubvorsitzender